

Ausfuhrwirtschaft und Preisbildung

Der Reichskommissar für die Preisbildung, Gauleiter Wagner, sprach in Hamburg

Auf einer Kundgebung der Industrie- und Handelskammer Hamburg sprach der Reichskommissar für die Preisbildung, Gauleiter Wagner; er führte u. a. aus: Wenn auch das sogenannte Wirtschaftsgesetz von Angebot und Nachfrage in der deutschen Wirtschaft nicht mehr anerkannt werden kann, so hat sich der Weltmarkt doch nicht von diesem Gesetz freigemacht und wird es in absehbarer Zeit auch nicht tun. Daher genießt die deutsche Ausfuhr in der Behandlung durch die politischen Stellen eine unbedingte Vorzugsstellung. Die Bedürfnisse der Ausfuhr werden vor allen anderen Bedürfnissen gedeckt. Wirklich wertvoll ist die Ausfuhr für uns nur dann, wenn die ausgeführte Ware möglichst viel deutsche Arbeit hinausnimmt.

Der Preiskommissar kündigte eine neue Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Preisbildung für ausländische Waren an, die unter Ablösung der alten zersplitterten Bestimmungen eine einheitliche Rechtsgrundlage für alle Gebiete der Wirtschaft bringt, und zwar auf dem Grundsatze des volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preises. Dabei sei in jedem einzelnen Bedarfsfall die Ueberlegung anzustellen, was volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist und was nicht. Die Segner unserer Wirtschaftspolitik haben die Einfuhrwirtschaft als die größte Einbruchsstelle bezeichnet, von der aus unsere Bemühungen zum Scheitern gebracht würden. Diese Erwägung geht nicht zu Unrecht von der Erkenntnis aus, daß die in starkem Anstieg begriffenen Weltmarktpreise die deutsche Wirtschaft mitreißen. Wir sind aber entschlossen, diesem Ansturm zu widerstehen. Es bieten sich uns zahlreiche Hilfsmittel an, die uns durchaus einen guten Erfolg versprechen. Zwar wird es hier und da unermesslich sein, Waren zu höheren Preisen heranzunehmen, den Ausfuhrpreisen bieten, andererseits aber die Preisfestsetzungen, die wir in der Binnenwirtschaft vornehmen werden.

Je strenger die Preisüberwachung gehandhabt wird, desto mehr nimmt sie den Charakter einer polizeilichen Tätigkeit an. Deswegen kann sie nur ein Teil der Preisbildung sein. Seit der Preisstoppverordnung ist eine Reihe von Maßnahmen ergangen, die darüber hinausführen und neue Wege aufweisen. Grundsätzlich ist es erforderlich, daß sich die Wirtschaft mit der Handhabung solcher Vorschriften die großen Grundzüge zu eigen macht, von denen im nationalsozialistischen Deutschland aller Handel und Wandel bestimmt sein muß.

Der wichtigste unter diesen Grundzügen ist, daß man einer vielleicht so verlockenden Gewinnchance nicht nur nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften sondern vor allem aus eigener Charakterstärke und verantwortungsbewusster Haltung so weit widersteht, als es das Gemeinwohl fordert.

Partei und Wehrmacht

Der Reichskriegsminister vor den Kreisleitern

Die untrennbar die Partei mit der Erschaffung der stolzen deutschen Wehrmacht verknüpft ist und wie fest und untrennbar diese beiden großen Grundpfeiler der deutschen Freiheit und Stärke verbunden sind, davon legte die Rede bekennendes Zeugnis ab, die der erste Marschall des Nationalsozialistischen Reiches, Reichskriegsminister von Blomberg, dem die Kreisleiter einen begeisterten Empfang bereiteten, am Dienstagnachmittag auf Burg Vogelsang hielt.

Reichsorganisationsleiter Dr. Loh sprach in seinem Schwurwort die Empfindungen der politischen Hobeitsträger aus, denen der Generalfeldmarschall im Namen der Wehrmacht für ihren Einsatz um die Erhaltung der Nation gedankt hatte, wenn er sagte, daß seine Worte den Kreisleitern, die sich zu über neunzig vom Hundert aus Frontsoldaten zusammensetzen, so wohl getan hätten, weil hier der Soldat offen zu Männern soldatischen Geistes gesprochen habe. Die Hochachtung aller politischen Kämpfer gehöre dem Generalfeldmarschall, weil er im Auftrag des Führers Partei und Wehrmacht so fest zusammenschmiebele und der Truppe seinen Geist der Treue zum Nationalsozialismus gegeben habe.

Frankreich im Streifflieger

Krankepfleger, Wäcker und städtische Angestellte streifen.

Die Streifflüge im Volksfrontfrankreich bringen immer neue Krankheitserscheinungen hervor, die erschütternde Beweise geben, wie weit der bolschewistische Einfluß bereits gelangt ist.

Im Krankenhaus von Dieppe ist das Personal in den Streifen getreten und hat die Kranken ohne Pflege gelassen. Die Belegschaft der Laterdore-Flugzeugfabrik in Toulon, die seit dem 12. April das Werk besetzt hielt, hat sich auf Betreiben bolschewistischer Heizer zu einer „großen Aktion“ entschlossen und das Unternehmen „sozialisiert“!

Die Ingenieure wurden aus den Fabrikräumen vertrieben und der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft wurde dann zum Leiter des Werkes „ernannt“ (!). Die Gewerkschaftler sperren den Direktor in der Pförtnerloge ein und nahmen die Arbeit in eigener Regie auf.

Die „Echo de Paris“ hinzuzufügt, hatte das Zivilgericht von Toulon am letzten Sonnabend beschlossen, die Werke am Montag durch die Polizei räumen zu lassen, falls der Streik nicht beigelegt werden sollte. Diesen Anlaß benutzten die Gewerkschaftsbözen, um die bereits völlig marxistisch verseuchte Belegschaft ganz in ihre Hand zu bekommen. Ihre Hege hatte Erfolg, obwohl zwischen der Verwaltung des Werkes und den Vertretern der Arbeiter noch am Sonnabend ein Abkommen zustande gekommen war, auf Grund dessen die Arbeit am Montag wiederaufgenommen werden sollte.

Zum Streik der Wäckermeister im Departement Seine et Marne wird bekannt, daß die von den Militärbehörden im Laufe des Montag an die Bevölkerung gelieferten 5000 Kilogramm Brot für das Departement bei weitem nicht ausgereicht haben. Daher habe sich starke Erregung weiter Kreise bemächtigt. Ein Ende des Streiks ist noch nicht abzusehen. Der Präsekt will den Forderungen der Wäckermeister nicht nachgeben, diese aber erklären, sie stehen sich durch nichts einschüchtern.

In Toulon haben die städtischen Angestellten die Arbeit niedergelegt, da der Präsekt ihre Forderungen auf Neueinstellungen abgelehnt hatte.

Die notwendigen Folgerungen

Das Ergebnis von Brüssel

Bei einem Essen, das der belgische Außenminister Spaal zu Ehren des gegenwärtig in Brüssel weilenden englischen Staatssekretärs des Aeußern Eden gab, hielt Spaal eine Rede, auf die Eden antwortete.

Spaal wies auf die französisch-englische Erklärung vom 24. April hin und führte hierzu aus, der Besuch Edens treffe mit der Veröffentlichung dieser Erklärung zusammen. Die belgische Regierung habe mit Genugtuung diesen neuen Beweis der Freundschaft und des Vertrauens ausgenommen.

England, Frankreich und Belgien hätten mit vollkommener Uebereinstimmung auf den Gegebenheiten des Augenblicks die notwendigen Folgerungen gezogen.

In seiner Erwiderung erinnerte Eden daran, daß er sowohl wie der belgische Außenminister und der belgische Ministerpräsident der Frontgeneration angehört. Für einen Engländer seiner Generation sei es nicht möglich, nach Belgien zurückzukehren, ohne sich der Prüfungen der Kriegszeit zu erinnern. Es sei die erste Pflicht der Staatsmänner, der Menschheit die Wiederkehr einer ähnlichen oder noch schlimmeren Prüfung zu ersparen.

In den letzten Monaten sei nach der Ansicht vieler Menschen eine Entspannung in der internationalen Lage eingetreten. Um den Frieden in Europa zu sichern, müsse man aber ein noch viel positiveres Programm verwirklichen. Der gute Wille allein genüge nicht.

Eine Quelle wirklicher Genugtuung sehe die englische Regierung in der Tatsache, daß der belgische Premierminister van Zeeland die schwierige Aufgabe übernommen habe, die Möglichkeit einer Steigerung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Nationen zu prüfen. Raum eine andere Nation sei dazu geeignet, an der Er-

runnung dieser großen Aufgabe mitzuarbeiten wie Belgien, das während der Jahrhunderte so viel durch internationale Streitigkeiten gelitten habe. Die Noten, die in den letzten Tagen zwischen Belgien, Frankreich und Großbritannien ausgetauscht worden seien und die der besonderen Lage Belgiens Rechnung trügen, würden neue Fortschritte hinsichtlich einer europäischen Regelung erleichtern.

„Große Uebereinstimmung“

Die Besprechungen des englischen Außenministers Eden mit dem belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und dem belgischen Außenminister Spaal sind abgeschlossen worden. Der Presse wurde folgendes Communiqué mitgeteilt: „Eden, van Zeeland und Spaal haben am Montag und Dienstag mehrere Besprechungen gehabt, in denen sie die hauptsächlichsten aktuellen Probleme, die die beiden Länder interessieren, erörtert haben. Sie haben sich dabei besonders beschäftigt einerseits mit den Fragen, die sich auf die Stärkung des Friedens in Europa und namentlich auf die Ausarbeitung eines neuen Sicherheitspaktens für Westeuropa beziehen, andererseits mit den wirtschaftlichen Fragen, die mit der Mission in Zusammenhang stehen, mit der der Ministerpräsident van Zeeland beauftragt worden ist.“

Die Besprechungen hatten nicht den Charakter von Verhandlungen, sondern stellten lediglich einen Gedankenaustausch dar. Sie sind in einer besonders herrlichen Atmosphäre verlaufen, und es wurde dabei festgehalten, daß zwischen den Auffassungen der beiden Regierungen eine große Uebereinstimmung besteht.“

Zeichen des Wirtschaftsaufstieges

Zunahme der Reichsteuereinnahmen um 1,8 Milliarden RM.

Die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und anderen Abgaben betragen im März 1937 an Besitz- und Verkehrssteuern 844,3 gegen 620,8 Mill. RM im März 1936, bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 296,8 (283,3), zusammen also 1141,1 (904,1) Mill. RM. Für das nunmehr beendete Rechnungsjahr 1936 (1. April 1936 bis 31. März 1937) stellen sich die Einnahmen aus Besitz- und Verkehrssteuern auf 7838,8 (i. V. 6175,8), aus Zöllen und Verbrauchssteuern auf 3634,2 (3474,5), zusammen 11 473,0 (9650,3) Mill. RM.

Als Gesamtwert ergibt sich somit, daß im März 1937 gegenüber März 1936 an Besitz- und Verkehrssteuern 223,5, an Zöllen und Verbrauchssteuern 13,5, mithin insgesamt 237,0 Mill. RM mehr ausgenommen sind.

Das in der Uebersicht für die Zeit vom 1. April 1936 bis 31. März 1937 ausgewiesene Aufkommen stellt zugleich das voraussichtliche Aufkommen im Rechnungsjahr 1936 dar. Das endgültige Aufkommen in diesem Rechnungsjahr wird durch das erforderliche Zusehen und Abheben von Beiträgen, die bis Ende März 1937 noch nicht haushaltsmäßig nachgewiesen werden konnten, und durch Verichtigungen voraussichtlich einige nur unwesentliche Änderungen gegenüber dem heute ausgewiesenen Aufkommen bis Ende März 1937 erfahren.

Nach der Gesamtergebnis-Bilanz für das Rechnungsjahr 1936 ergibt sich gegenüber dem Rechnungsjahr 1935 bei den Besitz- und Verkehrssteuern ein Mehr von 1663,0 und bei den Zöllen und Verbrauchssteuern ein Mehr von 159,7, zusammen also ein Mehr von 1822,7 Mill. RM.

In diesem Mehraufkommen sind drei Posten enthalten, die im Vorjahr noch nicht vorgekommen sind: a) die Urkundensteuer, die erst ab 1. Juli 1936 Reichsteuer geworden ist, b) die Erhöhung der Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen, c) die Beförderungsteuer für den Güter- und Fernverkehr und für den Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen.

Bei den einzelnen Arten der Besitz- und Verkehrssteuern sind die wesentlichen Wehrerträge gegenüber dem Vorjahr die folgenden: Einkommensteuer 705,1, Körperschaftsteuer 454,0, Vermögenssteuer 56,9, Umsatzsteuer 368,8, Kapitalverkehrssteuer 18,5, Personenbeförderungsteuer 6,5, Güterbeförderungsteuer 15,8 und Reichsfluchtsteuer 24,6 Mill. RM. Im Rechnungsjahr 1936 haben sich danach besonders gut entwickelt die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Umsatzsteuer und die Beförderungsteuer; das sind die für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung wichtigsten Steuern.

Seit mehreren Wochen bereits befluden sich die Bauarbeiter von Nantes im Streik. Am Montagabend durchzog ein Trupp streikender Gewerkschaftsangehöriger die Stadt und begegnete dem Kraftwagen des Vorkchens des Arbeitgeberverbandes. Raun hatten ihn die Demonstranten erkannt, als sie auch schon den Wagen umringten und zum Halten zwangen. Sie warfen das Auto um und versuchten es in Brand zu stecken, während sie die Insassen mit Steinen, Flaschen und Wurfgeschossen aller Art bewarfen. Die Polizei schritt ein, allerdings ohne einen der Kundgeber festzunehmen.

Erhöhte Rüstungsausgaben in Amerika

Der Haushaltsausschuß des amerikanischen Unterhauses legte dem Kongreß den Militärbudget für das am 1. Juli 1937 beginnende Haushaltsjahr in Höhe von 416 413 382 Dollar vor, das sich rund 25 Millionen Dollar mehr als im laufenden Haushaltsjahr.

In einer Vortragsrede weist der Haushaltsausschuß darauf hin, daß der vorgeschlagene Haushalt nur die allernotwendigsten Ausgaben bede. In der Zukunft würden bedeutend größere Summen notwendig sein, um den „außerordentlich beunruhigenden“ gegenwärtigen Stand der Armee zu beseitigen.

Zellwolle und Zellwollwaren im Zolltarif

Neuregelung ab 1. Mai.

Am 1. Mai tritt eine neue Regelung der Zölle für Zellwolle und Zellwollwaren in Kraft (Verordnung vom 10. April 1937 - Reichsgesetzbl. I, S. 447). Sie enthält die grundsätzliche Neuregelung, daß im deutschen Zolltarif die Gleichstellung von Zellwolle mit Seide (Fasertseide und Kunstseide), wie sie bisher galt, durchweg aufgegeben wird. Zellwolle und Waren ganz aus Zellwolle sind in dem neuen Tarifabschnitt 5 E (Tarifnr. 503 A bis 505 B) und der neuen Tarifnummer 520 B zusammengefaßt. Zellwollmischwaren haben keine besondere Tarifstelle erhalten. Sie werden nach den anderen Spinnstoffbestandteilen beurteilt, d. h. als Waren teilweise aus Seide, wenn sie Seide enthalten, sonst als Woll-, Baumwoll-, Leinenwaren usw. behandelt.

Die neuen Bestimmungen begründen für die meisten Zellwollwaren und -mischwaren eine beträchtliche Zollsenkung. Anders verhält es sich bei Zellwolle und rohem Zellwollgarn. Für diese beiden bisher fast ohne Ausnahme zollfreien Waren sind in dem neuen Tarifabschnitt 5 E autonome Zölle vorgesehen, für Zellwolle 30 bis 52 RM, für rohes Zellwollgarn 40 bis 160 RM (Tarifnr. 503 A und B, 504 A und C). Die höheren Sätze der letzten Spalte 80 bis 110 und 100

bis 320 RM) sind die Kampfszölle des „Obertarifs“, der zurzeit gegen keinen Staat angewendet wird. Aber auch sämtliche autonomen Zölle der neuen Tarifnummern 503 A, 503 B, 504 A und 504 C für Zellwolle und rohes Zellwollgarn bleiben bis auf weiteres unwirksam. Denn bei Zellwolle und rohem Zellwollgarn ist die Zollfreiheit, bei gefärbtem Zellwollmischgarn der alte Zollfuß von 12 RM handelsvertraglich gebunden und gegenüber dem Vertragsstaat und allen meistbegünstigten Ländern so lange anzuwenden, als diese Bindungen noch bestehen.

Diese und die sonstigen vertragsmäßigen Abweichungen von den neuen autonomen Bestimmungen sind aus der oben erwähnten Verordnung vom 10. April 1937 nicht zu ersehen. Sie ergeben sich aber aus der Verordnung über Änderung des Warenverzeichnis zum Zolltarif vom 16. April 1937, die im Reichs-Zollblatt Nr. 37 vom 22. April 1937 erschienen ist, und aus den an gleicher Stelle (S. 210 L) veröffentlichten Änderungen des „Gebrauchszolltarifs“.

Neuer Erfolg vor Bilbao

Am Dienstagnachmittag haben die nördlich von Eibar operierenden Truppen in mutigem Angriff die bedeutende Stadt Marquina erobert, wo die Bolschewisten starke Kräfte gesammelt hatten. Ferner wurden die Dörfer Echevarria, Banos de Uberuaga und Solivar, nördlich und südlich von Marquina gelegen, besetzt. Das Dorf Banos de Uberuaga liegt an der Straße von Marquina nach Lequeitio, von diesem Rüstort nur 10,5 Km. entfernt.

Ein Besuch in dem eroberten Industriekleinstädtchen Eibar zeigt, wie üblich, die Spuren der sinnlosen Zerstörungswut der Bolschewisten; sie haben es fertiggebracht, innerhalb weniger Stunden bis zum Einmarsch der nationalen Truppen die Stadt mit ihren zahlreichen Fabriken, Kirchen, Klöstern und Schulen fast völlig zu zerstören. Von den 15 000 Einwohnern, die die Stadt früher zählte, sind kaum 500 geblieben; die übrigen wurden von den Bolschewisten gezwungen, den Ort zu verlassen. Einwohner, die angesichts der näherernden Stunde der Befreiung ihr Heim nicht verlassen wollten, wurden von den abziehenden zügellosen Horden ermordet. Der Ort wurde vollständig ausgeplündert. Kirchen, Privathäuser und Arbeitsstätten wurden mit Benzin- und Brandbomben angezündet. Als die nationalen Truppen einogen, brannten ganze Straßenzüge. Man schätzte, daß etwa dreihundert Häuser abbrannten. Die gesamte Waffen- und Metallindustrie des Ortes, von der der größte Teil der Bevölkerung lebte, wurde vernichtet.